

## Merkel warnt vor «Lagerdenken» in der EU

Belgien  
02.11.2010

Von unserem dpa-Korrespondenten

Brügge (dpa) - Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor einem Kompetenzstreit zwischen den großen Institutionen der Europäischen Union gewarnt. Vor dem Europakolleg in Brügge (Belgien) verteidigte sie am Dienstag das Recht der 27 EU-Regierungen, politische Initiativen zu ergreifen und den Nationalstaaten auch bestimmte Kompetenzen vorzubehalten. Die neue Arbeitsteilung des Lissabon- Vertrags zwischen dem Rat als Gremium der Regierungen einerseits sowie EU-Kommission und Europaparlament habe «insgesamt funktioniert», sagte Merkel. Es gehe jedoch darum, «das Lagerdenken» zu überwinden.

Die sogenannte «Gemeinschaftsmethode» - wonach die Kommission das alleinige Initiativrecht hat - sei zwar Teil der Gesetzgebung. «Doch wir sollten nicht übersehen, dass auch der Europäische Rat (der Regierungschefs) ein Teil der EU ist», sagte Merkel. «Die Mitgliedstaaten sind konstitutiver Teil der EU und nicht ihre Kontrahenten.» Innerhalb der EU müsse zwischen den Institutionen «eine neue Unionsmethode» der Entscheidungsfindung angestrebt werden. Merkel besuchte auch den belgischen König Albert II. und den amtierenden Regierungschef Yves Leterme.

**Europa Online Magazine, 04/11/2010**

## Merkel: Regierungen wollen in EU-Politik mitreden

Belgien

02.11.2010

Von unserer dpa-Korrespondenten

Europas Regierungen wollen in der EU den Ton angeben. Das hat Bundeskanzlerin Merkel bei einem bilateralen Besuch in Brüssel deutlich gemacht. Eine Kostprobe gab sie gleich: Eine EU-Steuer werde es mit Deutschland nicht geben.

Brügge/Brüssel (dpa) - Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das Recht der 27 EU-Regierungen verteidigt, politische Initiativen in der Europäischen Union zu ergreifen. Vor dem Europakolleg in Brügge (Belgien) kritisierte sie am Dienstag, dass sich die EU-Kommission und das Europaparlament als Hüter der «Gemeinschaftsmethode» verstünden - sie gibt der EU-Kommission das Initiativrecht. Im Gegensatz dazu steht die Zusammenarbeit unter Regierungen («intergouvernementale Methode»), die mit dem Lissabon-Vertrag zurückgedrängt wurde. Vor allem während der Griechenland- und Finanzkrise gab es immer wieder Kompetenzgerangel zwischen den Regierungschefs im Europäischen Rat und der EU-Kommission.

Merkel traf auch mit König Albert II. und mit dem amtierenden Regierungschef Yves Leterme zusammen. Belgien hat derzeit die EU-Präsidentschaft inne. Nach dem Treffen sprach sich die Kanzlerin strikt gegen die von Brüssel vorgeschlagene EU-Steuer aus. «Ich bin dagegen, dass eine EU-Steuer eingeführt wird», sagte Merkel. Eine Begründung nannte sie nicht.

Deutschland ist das größte Mitgliedsland der EU und zugleich der größte Nettozahler der Union. Die Position der Bundeskanzlerin wird daher in der gerade begonnenen Debatte großes Gewicht haben. Die EU-Kommission stößt mit ihrem Vorschlag in vielen Ländern auf Ablehnung, weil diese fürchten, dass ihre nationale Steuerhoheit beeinträchtigt wird.

Vor zwei Wochen hatte die EU-Kommission Vorschläge für den neuen EU-Haushalt 2014-2020 gemacht, darunter auch die Einführung einer Steuer für den Finanzsektor, Einnahmen aus der geplanten Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten oder eine Luftverkehrsabgabe. Eine EU-Steuer würde direkt in die Brüsseler EU-Kasse fließen. Bisher finanziert sich die EU zum überwiegenden Teil aus Beiträgen der Mitgliedstaaten. Der siebenjährige EU-Finanzrahmen mit dem gigantischen Umfang von über 860 Milliarden Euro läuft Ende 2013 ab.

Merkel sprach bei der Eröffnung des Studienjahres an der Elite-Universität für Europafragen in Brügge. Zum Kompetenzgerangel in der EU sagte sie: «Manchmal erscheint es mir so, dass im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission die Vertreter sich dort als die einzigen wahren Verteidiger der Gemeinschaftsmethode verstehen». Diese Argumentation höre sie «mit einer gewissen Skepsis».

Über die Gesetzgebung berate nicht nur das Parlament, sondern auch der Rat, sagte Merkel. «Wir sollten nicht übersehen, dass auch der Europäische Rat ein Teil der EU ist.» Die neue Arbeitsteilung zwischen dem Rat einerseits sowie der EU-Kommission und dem Europaparlament andererseits habe «insgesamt funktioniert». Die Kanzlerin erinnerte aber: «Die Mitgliedstaaten sind konstitutiver Teil der EU und nicht ihre Kontrahenten.»

Die Frage, wer in der EU Gesetzesvorschläge machen soll, ist immer öfter zwischen den Institutionen umstritten, seit der neue Ratspräsident Herman Van Rompuy die EU-Gipfel leitet und beispielsweise in Sachen Stabilitätspakt eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet hat. Merkel schlug eine «neue Unionsmethode» zur Beendigung des «Lagerdenkens» vor: «Ein abgestimmtes solidarisches Handeln, jeder in seiner Zuständigkeit, alle für das gleiche Ziel, das ist für mich die neue Unionsmethode.»

Die Bundeskanzlerin verteidigte das deutsch-französische Drängen auf Verschärfung des Stabilitätspaktes und Strafen für hartnäckige Defizitsünder. Wenn der Euro scheitere, dann scheitere auch Europa: «Deshalb ist es so unglaublich wichtig, dass die Stabilität der Währungsunion langfristig gesichert wird.» Nur dann könne ein europäisches Modell verwirklicht werden, «das wirtschaftliche Stärke und soziale Verantwortung vereint»: «Wenn Exzesse der Märkte das Leben bestimmen, dann haben wir auch kein Sozialmodell.»

**Europe online Magazine (Politik), 02/11/2010**